

mehr vor die Notwendigkeit gestellt, über die eigene katastrophale Wirtschaftskrise hinaus die französische Inflationsproduktion mit weiterer Abgabeverminderung, mit vermehrten Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen zu bezahlen.

So wenig nach unseren bitteren Erfahrungen in Deutschland irgend jemand den französischen Nachbar um die Wohlblüte seiner Inflationskonjunktur beneidet, so wenig kann es unsere Aufgabe sein, dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen, und anstatt das neue Volk im Westen zu verstopfen, durch weitere Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise, durch vermehrte Vornahme von Betriebs- und Arbeiterentlassungen die für den allgemeinen wirtschaftlichen Existenzkampf notwendige Produktionsgrundlage über das gebotene Maß zu verengen. Der Antrag des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Vejeune-Jung im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages auf Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Schutze der deutschen Wirtschaft vor der ausländischen Dumpingkonkurrenz verdient darum weitestgehende Beachtung. Besonders gegen das französische Dumping — in Italien und Belgien hat sich nach der Regelung der Schulden an Amerika die Gefahr wesentlich vermindert — muß etwas getrieben, selbst auf die Gefahr hin, daß das traurige Vocarnoté-a-tôte dadurch etwas beeinträchtigt wird. Daß das für einen Ausverkauf der Ball sein kann, wird man wohl annehmen müssen; denn so einzig sich unsere Konkurrenten seinerzeit darüber waren, die rigorosen Entwertungsmaßnahmen einzuführen, so einzig wird man sich vermuthlich auch in dem Bereiche über deutsche Unzulässigkeit und deutsche Verträge gegen den Geist von Vocarno sein. Mit der doppelten Moral gegenüber Deutschland und den anderen Ententegegnossen muß nach Vocarno genau so rechnen wie vorher, aber nicht wird England abhalten, den deutschen Spuren zu folgen, wenn erst einmal das Eis gebrochen ist. Jahrelang hat ein lächerlicher Ring der Antidumpingbestimmungen Deutschlands Fußfassen auf dem internationalen Markt gehindert, jahrelang hat insbesondere Frankreich mit seinem willkürlichen Entwertungsmaßstab seinen Markt gegenüber der deutschen Einfuhr verschlossen. Und wenn wir jetzt zu einer nur zu berechtigten Abwehr greifen, dann sind das noch längst nicht Maßnahmen, wie sie mit den sich ständig mehrenden Schutzrollen England Deutschland gegenüber trifft. Denn einmal hat Deutschland seit zwei Jahren eine stabile Währung und arbeitet damit zum mindesten unter den gleichen, wenn nicht durch die Zwarelasten erschwerten Produktionsbedin-

gungen wie England. Andererseits aber enthält der deutsch-englische Handelsvertrag eine Bestimmung, daß seitens Englands keine Maßnahmen getroffen werden sollen, die die deutschen Interessen verletzen. Trotzdem mußte die deutsche Delegation, die auf dieser Grundlage eine Milderung der sich fast ausschließlich gegen Deutschland richtenden Zölle verlangte, ohne Ergebnis zurückkehren!

Trotz Vocarno wirkt sich auch heute noch die doppelte Weltwirtschaftsmoral einseitig gegen Deutschland aus. Um so mehr haben wir aber Veranlassung, und durch Valutamassnahmen gegen die französische Dumpingkonkurrenz zu schlagen, die in einem Augenblick der wichtigsten wirtschaftlichen Umstellung in Deutschland an unserm Wirtschaftsmarkt tritt. Vergebens hat die deutsche Industrie bisher versucht, durch Zusammenlegungen gigantischer Ausmaße, wie in der Eisen- und chemischen Industrie, die Produktionskosten zu senken und die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, aber jede derartige Bestrebungen hat gegenüber der starken Wertverminderung des Franken den kürzeren Atem. Solange die Währungsverhältnisse Frankreichs nicht saniert sind, solange kann auch von einem fair play im internationalen Handelsverkehr, von einem Kampf um die Absatzmärkte unter auch nur annähernd gleichen Bedingungen die Rede sein. Die ganzen umfassenden Rationalisierungsbestrebungen der deutschen Wirtschaft sind darum noch immer Vorbereitungen für den nach der Stabilisierung der europäischen Währungen mit Sicherheit verläuft ausbrechenden Konkurrenzkampf der Wirtschaftsländer. Für diesen Kampf müssen wir gerüstet sein, und es wäre eine schwere Gefährdung Deutschlands, wenn wir in diesen Kampf mit einer lächerlichen Rüstung einträten, wenn wir es zuließen, daß das französische Dumping Betriebsstilllegungen erzwingt, die unsere Produktionsgrundlage über das durch die Rentabilität notwendige Maß einschränken. Deutsche Valutamassnahmen sind gewiß kein Heilmittel gegen die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise durch den französischen Frankentransport, aber sie sind notwendig, um die besonderen Schäden in Deutschland auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Sie werden im übrigen wesentlich dazu beitragen, daß sich Frankreich endlich zu dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland bereitfindet, den seine Valutaentwertung jetzt überflüssig macht, und sie werden, besonders wenn andere Länder unserm Beispiel folgen, die heute noch nicht sehr wirksamen Tendenzen in Frankreich härten, die auf eine Stabilisierung des Franken und damit auf einen sehr wesentlichen Faktor zur Sanierung der Weltwirtschaft hinarbeiten.

Der Abtransport aus Köln hat begonnen.

Köln, 30. Nov. Wie die Telegraphen-Union von unabhängiger englischer Stelle erfährt, ist heute nachmittag von der Besatzungsbehörde auf dem hiesigen Güterbahnhof ein Materialzug verladen worden, wo mehrere Verletzte, wozu auch ein Kind gehörte, mitgenommen wurden. Über das Ziel dieses Transportes ist genaues nicht zu erfahren, da sich die englischen Stellen darüber in Stillschweigen hielten. Man vermutet, daß der Transport für Wiesbaden bestimmt war. Heute abend geht vom hiesigen Hauptbahnhof ein Transportzug mit etwa 100 Mann nach England ab. Hierzu erfahren wir von ausländischer Stelle, daß tatsächlich heute eine kleinere Truppenabteilung Köln verlassen hat. Es dürfte allerdings verfrüht sein, hieraus schon auf den Beginn der Räumung zu schließen, da derartige kleinere Abteilungen auch früher schon hin- und hergeschoben wurden. Bezeichnend für den Räumungsbeginn ist jedoch die Tatsache, daß bereits in der Nacht vom Sonntag zum Montag mit dem Abtransport von Einrichtungsgegenständen begonnen wurde. Ueberhaupt ist bemerkenswert, daß die Vorbereitungen zum Abtransport hauptsächlich in der Nachtzeit über den frühesten Morgenstunden durchgeföhrt werden, wobei Stärke, Art und Bestimmungsort der abgerückten Abteilung ist Bestimmtes noch nicht zu erfahren.

Frankfurt a. M., 30. Nov. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Köln: Wie wir von maßgebender Stelle hören, bereitet die Stadt Köln eine Besetzungsfelder vor, bei der man auch auf die Anwesenheit des Reichspräsidenten hofft.

Bölkische Zusammenstößtendenzen.

Wiesbaden, 30. Nov. Heute traten die Vertreter der Deutschbölkischen Arbeitsbewegung, des Nationalsozialistischen Volksbundes in Bayern und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsbewegung in Württemberg zu einer einmütigen Aussprache in Wiesbaden zusammen. In der die Gründung einer bölkisch-sozialen Arbeitsgemeinschaft beschlossen wurde. Es wurde einstimmig die Auffassung ausgedrückt, daß es nur durch die Zusammenfassung aller Kräfte der bölkischen Bewegung möglich sein werde, einen entscheidenden politischen Einfluß auf die Gestaltung der Geschichte unseres Vaterlandes zu gewinnen. Die Tagespolitik und deren Auswirkung durch den Vertrag von Vocarno fordere den Zusammenstöß aller bölkisch Gesinneten an einmütiger Abwehr der wirtschaftlichen und politischen Verfallens des deutschen Volkes.

Als Vorstufe für die zu erstrebende einheitliche Organisation der bölkisch-sozialen Arbeitsbewegung wurde eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die die Aufgabe hat, den bölkischen Kampf um Deutschlands Freiheit in geschlossener Front einmütig zu führen. In einer Kundgebung werden alle bölkisch-sozialen Gruppen des Reiches aufgefordert, sich der Arbeitsgemeinschaft anzuschließen. Für die Deutschbölkische Arbeitsgemeinschaft ist die Gründung unterzeichnet von den Reichstagsabgeordneten v. Graefe, Graf Reventlow und Zöhr, (L. II.)

Der „Vorwärts“ über Putschphan'asien.

Berlin, 30. Nov. In einer Mitteilung der „Reichsbannerzeitung“, daß ein Putschunternehmen rechtsradikaler Politiker bevorstehe, bemerkt der „Vorwärts“, daß zwar in einzelnen deutschen Landesteilen die Rechtsradikalen im Verhältnis zu ihrer Tätigkeit im Sommer wieder etwas reger geworden seien, daß aber mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Polizei und die allgemeinen finanziellen Nöte kaum irgend eine Gefahr im Verzuge sei. Die Polizei, die von den Plänen unterrichtet sei, habe nicht einmal einzugreifen brauchen, da es sich im wesentlichen nur um Phantasien brotloser Offiziere gehandelt habe, die ihre Absichten vergrößert hätten, sobald es gelänge, ihre Verwirklichung auch nur vorzubereiten. Es fehle ihnen nicht nur an Geld, sondern auch an dem notwendigen Vertrauen in den eigenen Kreisen. Sie glauben deshalb, so schlicht das Blatt seine Ausführungen, Anlauf zu haben, vor einer übermäßigen Nervosität wegen irgendwelcher Putschabsichten warnen zu sollen. (W. T. B.)

Die Reichsindexziffer.

Berlin, 30. Nov. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Beschäftigung und sonstiger Bedarf) ist nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats November mit 141,4 gegenüber dem Vormonat mit 137,5 um 3,9 zurückgegangen. Der Rückgang ist auf das weitere Nachgeben der meisten Lebensmittelpreise in der letzten Monatshälfte, in der besonders Fleisch, Kartoffeln, Gemüse, Zucker und Brot billiger geworden waren, zurückzuführen.

Die wachsende Erwerbslosenziffer.

Berlin, 30. Nov. In der Zeit vom 1. bis 15. November ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenziffer von 361.000 auf 471.000, d. h. um rund 29,5 Prozent gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 335.000 auf 430.000, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 26.000 auf 41.000 erhöht. Die Steigerung ist auf sich beträchtlich, doch darf nicht übersehen werden, daß diese Zunahme eine ungewöhnlich starke Abnahme der Erwerbslosen im Frühjahr gegenüberstanden hat. Die gegenwärtige Ziffer liegt nicht wesentlich höher als die vom 15. November vorigen Jahres mit 428.000 und entspricht fast genau der Ziffer vom 15. Oktober v. J., 472.000.

Reichsstaatsanträge zur Wirtschaftsnö.

Berlin, 30. Nov. Im Reichstag sind wieder eine große Anzahl von Anträgen aller Parteien eingegangen, die Maßnahmen verlangen, um der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage Rechnung zu tragen. Ein Antrag (L. II.) fordert einen Gesetzentwurf zum Schutze des nationalen Arbeitsmarktes. Der Gesetzentwurf soll Deutschland befähigen, Abwehrmaßnahmen fremder Realierungen gegen deutsche Angehörige, Arbeiter und sonstige Persönlichkeiten deutscher Staatsangehörigkeit durch entsprechende deutsche Gegenmaßnahmen zu beantworten. Er soll insbesondere die Gesetzesvorlage berücksichtigen, die der französische Arbeitsminister in der französischen Kammer zum Schutze des nationalen Arbeitsmarktes eingebracht hat. Ein weiterer deutschnationaler Antrag erucht die Reichsregierung, die bisher getrennt und jetzt fällig werdenden Steuern in Fällen offener Zahlungsunfähigkeit weiterhin zu funden und gegebenenfalls ganz oder teilweise zu erlassen. Ferner wird der Reichsfinanzminister erucht, die Einkommensteuernormalisierung, die die Grundlagen der Vorauszahlungen der nichtbuchführenden Landwirte bilden, den veränderten Vertragsverhältnissen anzupassen. Ein Antrag (L. II.) (Wirtschaft, Vereinigung) fordert die Hebung der erhöhten Umsatzsteuer mit Wirkung vom 1. Januar. Mit Maßnahmen zur Behebung der allgemeinen Kreditnot befaßt sich ein Antrag Dr. Stegerwald (L. II.). Danach soll die Wiederherstellung des Realcredits durch Aufnahme einer langfristigen Anleihe zwecks Vergabe sicherer Hypotheken auf den landlichen häußlichen und gewerblichen Grundbesitz, durch Ansborschriften an die öffentlichen Sparkassen, einen möglichst hohen Teil ihrer langfristigen Einlagen in Hypotheken anulegen und durch Verpfändung der privaten Vermögensgegenstände zur weitehenden Anlage ihrer Vermögen in Realcredits gefördert werden. Zur Sicherung des gewerblichen Betriebskredits soll ein generelles Kreditinstitut geschaffen werden. Ansen- und Gebührentage müssen durch stärkere Maßnahmen herabgemindert werden.

Vor der Unterzeichnung.

Ankunft der deutschen Delegation in London.

London, 30. Nov. Die deutschen und die belgischen Delegierten trafen heute nachmittag, von Dünkirchen kommend, in Dover ein. Die beiden Delegationen hatten auf dem Schiffe gemeinsam gefrühstückt. Zur Begrüßung der deutschen Delegation hatten sich Vizekonsulrat Graf Bernstorff, Baron von und Graf v. Helldorf, sowie Mitglieder des diplomatischen Korps empfangen. Reichsminister Dr. Luther und Reichsaussenminister Dr. Stresemann wurden von Chamberlain aufs herzlichste bewillkommen. Chamberlain ging dann zu dem Wagen der belgischen Delegierten und begrüßte sie ebenfalls. Alle Delegierten wurden von der Menge lebhaft begrüßt. (W. T. B.)

Bei ihrer Ankunft auf dem Viktoriabahnhof wurden die Delegierten von dem deutschen Botschafter Dr. Schamer und dem englischen Botschafter in Berlin Lord d'Albernon, Sir William Dorrell, sowie Mitgliedern des diplomatischen Korps empfangen. Reichsminister Dr. Luther und Reichsaussenminister Dr. Stresemann wurden von Chamberlain aufs herzlichste bewillkommen. Chamberlain ging dann zu dem Wagen der belgischen Delegierten und begrüßte sie ebenfalls. Alle Delegierten wurden von der Menge lebhaft begrüßt. (W. T. B.)

Brüssel, 30. Nov. Der belgische Minister des Aeußern, Pander veldre, hat heute bei der Ueberfahrt von Dünkirchen nach Dover mit dem deutschen Reichsaussenminister Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann über die mit Vocarno zusammenhängenden Fragen konferiert.

Briland nach London abgereift.

Paris, 30. Nov. Heute mittag 12 Uhr ist Ministerpräsident Briand in Begleitung des Generalsekretärs des Außenministeriums Bertelot nach London abgereift. Auf dem Bahnhof war außer einer Anzahl Botschafter v. Oveich begleitet von dem stellvertretenden Botschafter erschienen. Die französische und die tschechische Delegation trafen dann ebenfalls in London ein. Sie wurden auf dem Bahnhof von Chamberlain empfangen. Briand erklärte einem Vertreter des Aeußeren Bureaus, es sei die größte Genugtuung seines Lebens, den Vertrag von Vocarno im Geiste gegenseitigen Vertrauens und gegenseitigen Wunschens zum Frieden zu unterzeichnen. Briand drückte seine Zuversicht aus, daß nunmehr für Europa eine neue Epoche beginne, durch die die Wunden des Krieges geheilt werden könnten, und daß gesunde Zustände in Europa wieder hergestellt würden. (W. T. B.)

Die Unterzeichnungszereemonie.

London, 30. Nov. Der Unterzeichnungssakt der Verträge von Vocarno wird etwa folgendermaßen erfolgen: Kurz nach 10 Uhr vormittags werden die zu diesem Zwecke bestimmten Vertreter der Unterzeichnungsmächte im Foreign Office zusammenzutreten, um die Vollmachten der Delegierten zu prüfen und als gültig anzuerkennen. Um 11 Uhr vormittags versammeln sich die Delegierten zur Unterzeichnung. Die britische Delegation wird an der Spitze des Tisches sitzen, rechts von Chamberlain wird der britische

Premierminister Platz nehmen.

Die Ehrendignung für die anderen Delegationen wird die gleiche sein wie in Vocarno. Nach den einleitenden Formalitäten wird der Rechtsberater des Foreign Office erklären, daß die Vollmachten der Delegierten geprüft und in gehöriger Form befunden worden sind und daß verschiedene Verbesserungen in den in Vocarno paraphierten Verträgen unter Zustimmung der unterzeichnenden Mächte in die Abschriften der zur Unterzeichnung vorliegenden Verträge aufgenommen worden sind.

Hierauf wird der Staatssekretär des Aeußeren, Chamberlain, beantragen, daß die Delegierten zur Unterzeichnung der einzelnen Verträge schreiten. Die unterzeichnete Abschrift der in Vocarno entworfenen Kollektivnote betreffend den Art. 16 der Völkervereinigung wird der deutschen Delegation von Chamberlain überreicht werden.

Nach der Unterzeichnung werden wahrscheinlich verschiedene Ansprachen gehalten werden. Die Verträge und Konventionen werden dann von den Bevollmächtigten in alphabetischer Ordnung nach der französischen Bezeichnung der Länder unterzeichnet werden. Nach der Unterzeichnung werden noch weitere Schritte nötig werden. In jedem Verträge ist vorgesehen, daß er ratifiziert werden soll und daß die Ratifikationsurkunden beim Völkerverein in Genf niedergelegt werden sollen. Es ist ferner vorgesehen, daß die unterzeichneten Originalverträge ebenfalls beim Völkerverein niedergelegt werden, der den Vertragsmächten beglaubigte Abschriften ausfertigen soll. (W. T. B.)

Die deutschen Verhandlungen in London.

Fortsetzung des Kampfes um die Rückwirkungen. Berlin, 30. Nov. Die deutschen Delegierten werden nach der Unterzeichnung der Verträge von Vocarno mit dem englischen und dem französischen Außenminister sowie auch mit den übrigen Delegierten Besprechungen über die Entwaffnungsfrage, die noch kritische Frage der Zahl der Besatzungstruppen und einige andere aus den Verhandlungen von Vocarno sich ergebende Probleme haben. Auch über den Termin des Eintrittes Deutschlands in den Völkerverein wird in London gesprochen werden. Es handelt sich bei diesen Besprechungen nicht um offizielle Verhandlungen, sondern nur um eine persönliche Rücksprache der Delegierten, deren Ergebnis erst in späteren diplomatischen Berichterstattungen ausgewertet werden soll. In parlamentarischen Kreisen vermutet man, daß die Regierung jetzt den Versuch macht, über die Räumung der Kölner Zone hinaus mehrere Erweiterungen für die zweite und dritte rheinische Zone, vielleicht sogar eine Vorverlegung der Räumung zu erreichen, obwohl solche Bestrebungen von der Gegenseite bisher immer scharf abgelehnt worden sind.

London, 30. Nov. Der König hat Chamberlain zum Ritter des Goldenbandordens ernannt, und der Wain Chamberlains das Großkreuz des britischen Reichsordens verliehen.

Der Warenstrom aus den Inflationsländern.

Böglers über die Lage der deutschen Industrie.

Düsseldorf, 30. Nov. Auf der Tagung der deutschen Eisenhüttenleute in Düsseldorf hielt Generaldirektor Dr. Böglers einen Vortrag über die Lage der deutschen Wirtschaft. In dem er ausführte, daß in keiner Periode die Bedeutung der weltwirtschaftlichen Beziehungen so fröhlich, aber auch so dringend gewesen sei, wie heute. Am Laufe der letzten Jahre sei allerdings ein gewisser Fortschritt erzielt worden. Die politischen Gegensätze seien nicht mehr unter wölkischer Nichtachtung der wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe der europäischen Völker ausgetragen worden, doch sei man noch weit entfernt von einer vernünftigen Bilanz dieser Beziehungen, namentlich der handelspolitischen Beziehungen, die immer noch auf Protektionismus hinzielen. Deutschland dürfe nicht zum Abwehrkampf der U-berlegenheit der anderen Länder werden. Wenn aus den Inflationsländern ein ununterbrochener Strom von Waren die Rohmaterialien überflutet, und auf der anderen Seite hochvaluarische Länder ihre Industrie mit hunderten von Millionen unterstützen, dann könnte man sich nicht wundern, wenn in Deutschland die Industrie zum Erliegen komme. Wenn jetzt von französischer Seite darauf hinweisen würde, daß Deutschland bei den internationalen Industrie-Verhandlungen unerfüllbare Forderungen gestellt habe, so müßte denn doch dazu bemerkt werden, daß die deutsche Industrie ihre Hand zur Rückzahlung bieten werde, es doch mühten der deutschen Industrie die Lebensmöglichkeiten erhalten bleiben. Nach einem Hinweis auf die verheerenden Wirkungen der staatlichen Finanzpolitik auf die Wirtschaft und auf die Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit ging der Redner auf die Möglichkeit einer Preis-

senkungssaktion ein, die bedingt werde durch die Höhe der auf der Wirtschaft lastenden Gehälter und Löhne, der sozialen Lasten und Frachten. Bei der unabweisbaren Not, die sich in den kommenden Monaten noch wesentlich verschärfen würde, sollte es eine Möglichkeit sein, diese Fragen vorurteilsfrei zu erörtern.

Der Entwurf zur Sicherung der Getreidebewegung.

Berlin, 30. Nov. Dem Reichswirtschaftsrat und Reichsrat ist nunmehr der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Getreidebewegung im Wirtschaftsjahr 1925/26 ausgegangen. Der Entwurf umfaßt nur sechs Paragraphen. Die Reichsregierung wird ermächtigt, zur Sicherung einer geordneten Getreidebewegung im Wirtschaftsjahr 1925/26 Getreide zu erwerben und zu verwerten. Die Bestände an lagerndem Getreide sollen 200.000 Tonnen nicht übersteigen. Die Reichsgetreidekasse (R. G.) untersteht in ihren wirtschaftlichen Maßnahmen der Anweisung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Die Aufhebung der Liquidation der R. G. wird nochmals ausdrücklich angeordnet. Die Durchführung der künftigen Liquidation (d. h. nach Ablauf des Wirtschaftsjahres 1925/26) wird angeordnet durch das Gesetz über die Auflösung der Kriegsgesellschaften vom 15. Juli 1921. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, Stammanteile der R. G. aus Mitteln, die aus dem Vermögen der R. G. zur Verfügung gestellt werden, zu erwerben. Das Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.